

**Tagung „Christlich-islamischer Dialog in der Kritik“
8. bis 10. Oktober 2004 in Stuttgart-Hohenheim**

**Abdul Hadi Christian Hoffmann:
Dialogkritik – Beobachtungen und Analysen**

Dialog und Kommunikation

Bevor wir über den Dialog zwischen Christen und Muslimen und die Kritik an ihm sprechen, müssen wir uns damit beschäftigen, was wir unter Dialog verstehen. Dazu gehört zunächst, dass wir uns über die Grundlagen der Kommunikation einig werden.

Das Wort „Kommunikation“ kommt aus der lateinischen Sprache „communicare“ und es bedeutet, jemanden partizipieren zu lassen, etwas mit jemandem teilen, gemeinsam besitzen, z. B. Wissen.

Kommunikation bedeutet, Information mit jemandem teilen, ihn an Gedanken, Informationen, Einstellungen, an einer Diskussion oder einem Prozess der Meinungsbildung teilhaben zu lassen. Ziel ist: am Ende eines Prozesses gemeinsam etwas zu besitzen, das durchaus anders sein kann als der Besitz, z. B. das Wissen über verschiedene Inhalte, zu Beginn. (Man kann das z. B. auch das Gleiche wissen, aber man muss nicht der gleichen Meinung sein.)

Jeder Mensch, der kommuniziert, versucht Informationen mit anderen auszutauschen, die für ihn wichtig sind und von denen er glaubt, dass sie auch für andere wichtig sein können.

Kommunikation durch Dialog

Information kann auf unterschiedliche Art und Weise weitergegeben werden. Von oben nach unten in einer Offenbarung, einer Predigt, in einem Vortrag, im Frontalunterricht herkömmlicher Art. Davon ist hier nicht die Rede.

Wir sprechen bewusst von Kommunikation durch Dialog! Das Gespräch von Mensch zu Mensch ist die erste Grundlage unserer Information. In einer persönlichen Unterhaltung können alle jenen psychologischen Notwendigkeiten angewendet – oder verletzt werden – die im Umgang miteinander notwendig sind: Jeder möchte ernst genommen, respektiert, geliebt werden und jeder möchte bestätigt werden. Eine Unterhaltung, die diese grundlegenden Regeln verletzt, endet schnell damit, dass eine Seite „alles besser weiß“ oder es kommt zum offenen Disput.

Darum ist die wichtigste Regel für erfolgreiche Kommunikation, dass sie im Dialog ablaufen muss. Dialog bedeutet: Kein einseitiger Informationsfluss! Dialog ist eine Einladung zu sprechen, zuzuhören und zu antworten.

Zuhören ist ebenso wichtig wie sprechen. Die andere Person zu respektieren ist ebenso wichtig wie sich selbst ins Zentrum zu stellen. Zuhören verschafft Wissen darüber, wie andere Menschen denken und welche Probleme sie haben. Das ist die Grundlage auf der z. B. Problemlösungen erarbeitet werden können.

Die Notwendigkeit, einen Dialog zu führen, bestimmt auch die Technik der Unterhaltung: Es ist z. B. besser, jemandem, dessen Ansicht man nicht teilt, zu antworten „Ja, aber“, statt ihm ins

Gesicht zu sagen, „das ist völlig falsch“. Durch solche Bemerkungen wird jede Unterhaltung, jeder Dialog sofort abgetötet.

Dialog: mehr als das Alltagsgespräch

Nachdem wir uns mit der Technik und dem Ablauf eines Dialogs beschäftigt haben, müssen wir uns aber noch vor Augen führen, dass es durchaus unterschiedliche Ansichten darüber gibt, für was das Wort Dialog überhaupt steht:

Pia Köppel z. B. setzt Dialog mit dem „gewöhnlichen“ Gespräch gleich, sie schreibt:

„Dialog (griech. „Unterredung“), Gespräch zur Darstellung von Problemen (...)“

Navid Kermani kommt dagegen zu dem Schluss, dass ein „Dialog“ durchaus etwas anderes sein kann als ein normales „Gespräch“ zwischen zwei Menschen, wenn er den möglichen Sinn oder Unsinn eines Dialoges beschreibt:

„Aber wozu brauchen wir ihn dann, den interreligiösen Dialog? Wir brauchen ihn bestimmt nicht, um über den Dialog zu sprechen. Ein Ehepaar, das sich ständig fragt, wozu und in welcher Form es miteinander sprechen soll, wäre ein Fall für den Beziehungstherapeuten. Ein Dialog, der sich selbst ständig thematisiert, ist Ausdruck davon, dass man nicht wirklich miteinander spricht. Wer sich etwas zu sagen hat, führt nicht ständig das Wort Dialog im Mund. Er lebt miteinander, er isst miteinander, er streitet und feiert miteinander, er verweist miteinander und zieht sich gelegentlich auch zurück, er spricht über alles mögliche, über das, was sich gerade ergibt oder das, was besonders drückt, über Erhabenes und Banales, die Steuererklärung und die Verzweiflung. Aber er diskutiert nicht mit seinem Gegenüber, in welcher Form sie einen Dialog führen sollen.“

Aus diesem Grund möchte ich hier unterscheiden zwischen Dialog und Gespräch. Für mich ist Dialog etwas anderes als das alltägliche Gespräch am Familientisch, im Supermarkt, am Stammtisch...niemand würde vom Dialog in der Familie sprechen, denn auch bei Meinungsunterschieden und unterschiedlichem Informationsstand ist man sich vertraut. Wenn man sich streitet, streitet man auf vertrautem Boden, man kennt sich und hat eine gemeinsame Basis.

Sprechen wir dagegen davon, dass man den Dialog suchen muss und führen sollte, tut man das auf einer anderen Grundlage: die Gemeinsamkeit fehlt: Die Parteien suchen den Dialog mit der Jugend, weil sie keine jungen Mitglieder mehr haben und nicht mehr wissen, was die Jugend denkt. Die Einheimischen fordern von den Migranten, dass sie sich dialogbereit zu zeigen haben und durch den Dialog beweisen, dass sie dazugehören wollen, etc.

Das muss nicht von vorneherein schlecht sein, der Dialog kann als inszeniertes Gespräch zwischen zwei (institutionellen) Partnern Sinn machen und ohne Zweifel haben die in Deutschland zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen geführten Dialoge durchaus Positives bewirkt. Doch dürfen wir nicht vergessen:

- dass es sich bei einem Dialog um ein inszeniertes Gespräch handelt
- dass die eigentliche alltägliche Kommunikation zwischen Menschen im informellen Gespräch stattfindet
- dass gemeinsames Handeln (das durchaus ein gemeinsames Gespräch zur Vorbereitung und Grundlage hat), immer noch besser ist als nur reden.

Doch da nun einmal der Dialog über den Dialog auf der Tagesordnung steht, wollen wir uns hier ernsthaft damit befassen.

Dialog: positiv – negativ

Dialog als Vertrauensbildung

„Dialog statt Abgrenzung – Vertrauen statt Vorurteile“ unter diesem Titel wurde 1997 die Abschlussarbeit einer deutschen Muslimin im Rahmen ihrer PR-Berater Fortbildung veröffentlicht. Diese Überschrift entsprach den Hoffnungen der Muslime, durch den Dialog in ihrer Unterschiedlichkeit als gleiche angenommen zu werden. Die Dialoge, die in den späten neunziger Jahren geführt wurden, hatten durchaus eine positive Wirkung: man lernte sich kennen, viele Vorurteile wurden abgebaut. Mit der jährlich wiederkehrenden Veranstaltung „Tag der offenen Moschee“ am 3. Oktober etablierte der Zentralrat der Muslime ein dauerhaftes Forum, bei dem sich interessierte Menschen begegnen konnten.

Bewährt hat sich das Netzwerk der Dialogpartner in Deutschland besonders nach dem 11. September 2001: viele Gesprächspartner aus Politik, Kirchen und Medien nahmen den Islam in Schutz vor den Terroristen, die ihn missbrauchten und mehrfach wurde von führenden nicht-muslimischen Persönlichkeiten die Äußerung gemacht, dass nicht der Islam und die Muslime die eigentlichen Feinde seien, sondern diejenigen, die im Namen des Islam Terrorakte verüben. Auch, dass es in Deutschland weniger Übergriffe gegenüber Muslimen gab als in vielen anderen Ländern mag auf die von den Dialogpartnern verbreitete Grundstimmung zurückzuführen sein.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage jedoch grundlegend geändert. Immer mehr Politiker, Kirchenvertreter, Wissenschaftler und Journalisten stellen den Dialog in Frage:

Dialog in Frage gestellt

Nach der breiten Welle von Dialogveranstaltungen nach dem 11. September 2001, deren Grundlage der Wille zu einer Verständigung war, sind im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus neue Töne laut geworden: Viele Gesprächspartner der Muslime fragen immer lauter, wer denn wohl für den Islam und die Muslime spräche, ob man nicht mit den falschen Dialog geführt habe. Es wird behauptet, dass viele nicht-muslimische Dialog Führende „blauäugig“ seien und daran anknüpfend wird gefragt, ob es wirklich besser sei, „blauäugig“ statt „blind“ zu sein.

Kritische Offenheit in der Begegnung miteinander ist eine wichtige Grundlage des Dialoges, denn nur sie hilft, von vorne herein Fehltritte und Illusionen zu vermeiden. Die pauschale in Frage Stellung, wie wir sie seit einiger Zeit erleben, ist allerdings wenig konstruktiv: Wenn man alle Kritiken zusammen nimmt, bleibt niemand mehr übrig, mit dem man Dialog führen könnte und damit wird die gesellschaftliche Kommunikation insgesamt in Frage gestellt. Aber noch wichtiger ist ein anderer Zusammenhang: nur wenn ich mit jemandem spreche oder auch kontrovers diskutiere, kann ich versuchen, eine Änderung in seinen Einstellungen zu bewirken – allerdings auch auf die Gefahr hin, dass ich meine eigenen Einstellungen durch bessere Einsicht revidieren muss.

Noch bedenklicher ist eine weitere Erscheinung: In jüngster Vergangenheit haben kirchliche Dialogpartner der Muslime nach vielen - wie es schien - konstruktiven und fruchtbaren Begegnungen Meinungen geäußert, die einem Wissensstand entsprachen, den man nur bei

Menschen vermutet, die noch nie in ihrem Leben mit Muslimen gesprochen haben. Stellvertretend seien hier die Worte eines hohen Repräsentanten der Evangelischen Kirche erwähnt, der auf einmal feststellt, dass das Kopftuch eindeutig ein politisches Symbol sei. Da muss man sich doch ernsthaft fragen, hat der Mann überhaupt nicht zugehört – oder will er sich aus populistischen Gründen auf Kosten der Muslime profilieren? Ebenso ärgerlich ist die immer wieder vorgebrachte Forderung, Muslime müssten sich endlich (!) und deutlich vom Terror distanzieren – ich frage mich, wo leben eigentlich die Menschen, die diese Forderung stellen...

Sollte mit dieser Äußerung allerdings gemeint sein, die Muslime müssten sich vermehrt und deutlicher von Terror distanzieren, weil es sonst nicht bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung „ankommt“, dann wäre es wohl besser, wenn die Dialogpartner der Muslime die Medien öffentlich aufforderten, den Distanzierungen einen breiteren Raum in der Berichterstattung einzuräumen, statt den Muslimen missverständliche Ratschläge zu geben!

Dialog in der Kritik

Allgemeine Kritik am Dialogprozess: Dialog als Ritual

Eine weitere Methode, den Dialog in Frage zu stellen sei hier nicht unerwähnt gelassen: In seinem Aufsatz „Lieber blauäugig als blind?“ Anmerkungen zum „Dialog“ mit dem Islam“ übt Johannes Kandel von der Friedrich-Ebert-Stiftung heftige Kritik am Dialog. Er beschreibt Dialog als ein Ritual mit folgenden Schritten:

Man betritt die Szene, erklärt seinen Standpunkt, tauscht Papiere aus und trennt sich, mehr oder weniger zufrieden mit dem „Erfolg“ der Veranstaltung.

Christliche Kritik an den muslimischen Dialogpartnern

Über diese Formulierung könnte man vielleicht noch schmunzeln. Doch noch etwas pointierter spitzt er seine Kritik zu, indem er konkret das Vorgehen der Muslime verurteilt (seine Thesen werden u. a. aufgenommen von Christian Troll in seinem Aufsatz: „Christian-Muslim Relations in Germany – a Critical Survey“):

- Erster Schritt: der muslimische Referent lässt seine nicht-muslimischen Zuhörer fühlen, dass sie vom Islam überhaupt nichts verstehen, bzw. das wenige, das sie wissen, falsch verstanden haben.
- Zweiter Schritt: Der muslimische Referent begibt sich in die Opferrolle. Die gesamte bekannte Litanei alter und neuer Skandale und Schwächen des Westens wird aufgezeigt.
- Dritter Schritt: Der muslimische Referent verweist auf die Gemeinsamkeiten der Religionen. (Menschenwürde, menschliche Verantwortung vor Gott etc.). Der Muslim habe die Aufklärung nicht nötig, Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus seien dem Islam inhärent.

Diese Aufzählung ist vielfach abgeschrieben und verbreitet worden. Eine muslimische Kritik an den christlichen Dialogpartnern fehlt jedoch. Sie soll hier vorgebracht werden, denn es ist wie bei dem Spiel „tictactoe“ immer wenn die Muslime eine Forderung ihrer Gesprächspartner erfüllt haben, wird die Antwort in Frage gestellt, oder eine neue Hürde errichtet:

Muslimische Kritik an den christlichen Dialogpartnern

- Erstens: Den Muslimen wird eine Bedingung gestellt: „Zeigt, dass ihr dialogbereit seid, dann glauben wir Euch auch (vielleicht), dass ihr integrationsbereit seid.“
- Zweitens: Es wird immer wieder die Frage gestellt, ob denn Muslime überhaupt dialogbereit seien. Ja, es gibt sogar Dialogveranstaltungen mit dem Titel: „Kein Dialog möglich?“ Angesichts der Vielzahl von Dialogveranstaltungen eine ziemlich überflüssige Frage. (Heute wird von wieder anderen darüber hinaus noch die Frage gestellt, was für ein Interesse die Muslime denn überhaupt am Dialog haben könnten...)
- Drittens: Es wird gefordert: “Bekennet Euch erst einmal vorbehaltlos zu Menschenrechten und Demokratie, dann können wir weiter reden.“
- Viertens: Der Dialog, wird wenn er dann zustande gekommen ist, sofort wieder in Frage gestellt: Alle Äußerungen der Muslime stehen unter dem Taqqiya-Verdacht: Ihnen wird unterstellt, einem (vermeintlichen) Gebot ihrer Religion folgend, würden sie sich mit allen ihren Äußerungen ja doch nur verstellen und der Mehrheitsgesellschaft Sand in die Augen streuen.
- Fünftens: Wer positiv über den Islam referiert, dem wird unterstellt, er missioniere.
- Sechstens: Wer Kritik am Islam widerlegt, dem wird vorgeworfen, sei Apologet.
- Siebtens: Besonders Deutschen, die sich zum Islam bekannt haben, wird vorgeworfen, sie seien 150%ige Fanatiker.
- Und als letztes wird denjenigen, die eine Kritik wie diese hervorbringen, vorgeworfen, sie sollten doch aufhören, sich als Opfer zusehen und lamentieren.

Diese Vorgehensweise ermutigt nicht gerade dazu, weiterhin einen Schwerpunkt auf den Dialog zu setzen. Dennoch ist Dialog als ein Element der Kommunikation zwischen Muslimen und Christen wichtig. Er wird in Zukunft aber nur einen Sinn machen, wenn wir uns über den Ausgangspunkt und das angestrebte Ziel einig sind.

Grundlagen und Zielvorstellungen von Kommunikation und Dialog

Lassen Sie mich zunächst feststellen, was wir nicht brauchen:

- Selbsternannte Tugendwächter, die den Dialogprozess von außen betrachten, bewerten und Urteile und Verurteilungen über die Beteiligten aussprechen.
- Wir brauchen auch keine Dialogpartner, die nach außen Forderungen zum Dialog stellen und negativ über ihre Partner herziehen. Wenn sie etwas zu sagen haben, dann sollten sie das ihren Gesprächspartnern im Rahmen des Dialoges ins Gesicht sagen.

Was wir hingegen brauchen ist folgendes:

- Wir müssen uns nach dem Ursprung und dem Ziel des Dialoges fragen: gibt es eine gemeinsame Ausgangsposition und wenn ja, wie sieht sie aus. Gibt es ein gemeinsames Ziel und wenn ja, wie sieht es aus?
- Wir müssen uns fragen, ob Dialog die Lösung unserer Probleme bringt oder ob wir nicht darüber hinausgehend dazu kommen müssen, gemeinsam zu handeln.

Eine gemeinsame Basis als Ausgangspunkt

Wenn wir davon ausgehen, dass durch Dialog Kommunikation entsteht, wir nach dem Dialog etwas – und sei es nur Information - gemeinsam besitzen, dann bedeutet im Umkehrschluss

die Forderung nach Dialog auch die Anerkennung der Tatsache, dass diese Gemeinsamkeit nicht besteht, dass ein Mangel besteht, den es zu beheben gilt. So verständlich es also ist, dass die Forderung nach Dialog und das Führen des Dialoges einen hohen positiven Stellenwert haben, darf dabei nicht übersehen werden, dass dieses positive Urteil das Eingeständnis einer negativen Situation beinhaltet.

Die Frage, die vor Beginn eines jeden Dialogs gestellt werden sollte / muss, lautet deshalb:

Gibt es überhaupt eine gemeinsame Grundlage für den Dialog. Oder: Was ist die Grundlage für den Dialog? Lassen Sie mich einige Vorschläge machen:

- 1) Der monotheistische Ansatz: Es gibt einen Gott für die Angehörigen der Schriftreligionen, deshalb wollen wir auf dieser Basis miteinander über unsere Religionen reden.

Die Gegenposition: Das ist Geschmuse, um Unterschiede wegzudiskutieren.

- 2) Der Europäische Ansatz: Europa ist eine Region, deren Kultur aus den Quellen der jüdischen, christlichen und islamischen Religion hervorgegangen ist, darum müssen wir über unser gemeinsames Erbe diskutieren.

Die Gegenposition (Pirenne): Europa ist in der Abgrenzung zum Islam das geworden, was es ist. Europa und die islamische Welt befinden sich in einem Zustand des Dauerkrieges.

- 3) Der deutsche Ansatz: Es wird davon ausgegangen: Christen, Muslime, Juden und Menschen ohne Gottesbezug sind gleichberechtigt. Sie sind gleich unschuldig am Terror, der im Namen ihrer Religion verübt wird, ihre Absichten werden als positiv vorausgesetzt und ihre Aussagen werden als ernst und aufrichtig wahrgenommen.

Die Gegenposition: Muslime sind anders. Sie müssen sich integrieren, zum Grundgesetz, zu Demokratie und den Menschenrechten bekennen, sich von Terror distanzieren, ob man ihnen glaubt, hängt davon ab, ob man der Meinung ist, sie praktizieren Taqia oder nicht.

Ein gemeinsames Ziel vor Augen

Nach der Frage über die gemeinsame Grundlage müssen wir auch den Dialog darüber führen, was das gemeinsame Ziel ist und anstreben, dieses Ziel im Dialog und im gemeinsamen Handeln zu verwirklichen.

Wir können uns nun abstrakt über Zielsetzungen unterhalten. Ich möchte stattdessen mein persönliches Ziel vorstellen:

Ich möchte, dass wir in Deutschland lernen, Vielfalt zu feiern und die Menschen in unserem Land dazu bewegen, Vielfalt als natürlich zu akzeptieren und somit unser Land auch sicher zu machen für alle, die anders sind!

Um noch einmal auf die Kommunikationstheorie zurückzukommen: Gemeinsam etwas zu besitzen (z. B. Informationen über den Islam und die Muslime), muss nicht heißen: übereinstimmen

- 1) Wir können alle auf der Basis des Grundgesetzes stehen, aber durchaus andere Meinungen in der Politik vertreten
- 2) Wir können alle religiös sein, aber durchaus anderen Religionen angehören (Ich habe meine Religion und Du Deine)
- 3) Wir können alle für die Freiheit sein, aber ganz unterschiedliche Meinungen, wie diese Freiheit genutzt werden soll.

Schlussbemerkung:

Unsere Bemühungen dürfen nicht beim Dialog stehen bleiben. Wir müssen dazu kommen, gemeinsam zu handeln, gemeinsam Probleme zu lösen, die uns gemeinsam betreffen: Von Arbeitslosigkeit zu Umweltschutz, von finanzieller Globalisierung zu internationalem Frieden!

Die Zukunft: Vom Dialog zur Aktion – Handeln statt reden!

Gemeinsames Handeln kann auf vielen Ebenen stattfinden. „AktionCourage e. V.“ hat mit dem Projekt „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland“ ein Zeichen gesetzt: In Berlin und Mainz wurden von 1999 bis Anfang 2004 eine Vielzahl von Initiativen ergriffen, um Muslime und muslimische Organisationen mit Organisationen und Institutionen der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu Kooperationen zusammenzuführen und dauerhaft zu vernetzen.

Es ist dem Projekt in beiden Städten gelungen, durch viele einzelne Initiativen in vielen unterschiedlichen Bereichen – von Krankenhäusern bis zum Sport, von Schulen bis zum Sprachunterricht - Kooperationen zwischen muslimischen Verbänden und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zu verwirklichen, die zu einer nachhaltigen Vernetzung geführt haben.

Durch diese Vorgehensweise ist das Projekt einen entscheidenden Schritt über die in Deutschland in der Regel geführten „Dialog-Diskurse“ hinausgegangen. Die Bedeutung des in den vergangenen Jahren in Deutschland geführten Dialogs zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft kann zwar angesichts der Situation nach dem 11. September 2001 gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Diese Dialoge haben ohne Zweifel dazu beigetragen, dass die Reaktionen auf den Islam und die Muslime in Deutschland weniger heftig ausgefallen sind, als in manchen anderen europäischen Staaten. Es darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass das Projekt mit seinem neuen und bislang einzigartigen Ansatz nach dem Motto „Handeln statt Reden“ Dialogrituale durchbrochen hat, in denen sich oft Vertreter der Mehrheitsgesellschaft mit Vertretern der Muslime zusammenfinden und sich darüber unterhalten, inwieweit Muslime dialogfähig und dialogwillig sind – vom neuen „Metadialog“ ganz zu schweigen, in dem hinterfragt wird, wer mit wem wie blauäugig Dialog führt.

Die Ausweitung des Personenkreises über einen christlich-islamischen Dialog hinaus und die umfassende Einbeziehung von Themen der alltäglichen Lebenspraxis haben dem Projekt eine Bedeutung und Reichweite gegeben, die es so umfassend in Deutschland noch nicht gegeben hat.

AktionCourage e. V. wurde 1992 gegründet. Anlass für die Gründung waren die fremdenfeindlichen Brandanschläge unter anderem in den Städten Mölln und Hoyerswerda. Diese Anschläge zeigten, dass Gewalt und Rassismus in Deutschland zunehmend aggressiver wurden. AktionCourage e. V. wollte diesen bedrohlichen Tendenzen durch gezielte

Antidiskriminierungsarbeit entgegenwirken und initiierte seither unterschiedliche Projekte im Antidiskriminierungsbereich.

Jeder kann etwas tun!

Der hier folgende Text richtet sich an alle, die in Deutschland dazu beitragen wollen, daß Muslime und Mehrheitsgesellschaft bestehende Probleme gemeinsam lösen und zu einem konfliktfreien Zusammenleben finden. Sicher: Jede Initiative geht zunächst von einer einzelnen Person aus. Aber es spielt wirklich keine Rolle, ob es sich dabei um einen „Privatmann“ oder eine „Privatfrau“ handelt oder z. B. um ein Mitglied in einem Verein, einem Verband, einer Partei, einer städtischen Verwaltung oder einer Kirchengemeinde.

Die grundlegenden Schritte, um etwas zu erreichen, sind immer die gleichen: Es kommt darauf an, möglichst von Anfang an gemeinsam

- Defizite, Bedürfnisse und Probleme aufzuspüren,
- eine Idee zu ihrer Lösung zu entwickeln und verständlich zu formulieren,
- Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen,
- mit denjenigen Kontakt aufzunehmen, die für die Verwirklichung des Vorhabens wichtig sind
- gemeinsam die notwendigen Schritte zu planen und durchzuführen und
- über die Ergebnisse zu informieren und sie dadurch sowohl denen, die aktiv werden wollen, als auch denjenigen, die vernetzt werden sollen, zugänglich zu machen

Die Muslime

Einzelne Muslime können ebenso aktiv werden wie Moscheegemeinden oder andere Verbände und deren Repräsentanten.

Die Mehrheitsgesellschaft

Auch im Bereich der Mehrheitsgesellschaft kann Einzelinitiative gleichermaßen erfolgreich sein, wie Initiativen von den Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verbandswesen und kirchlichen Gemeinden. An sie alle richtet sich dieser Text.

Erzieherinnen

Erzieherinnen in Kindertagesstätten sind oft die ersten Vorbilder der deutschen Gesellschaft, mit denen Kinder aus muslimischen Familien zusammentreffen. Sie können einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten. Leider kommt es vor, dass sie nicht ausreichend auf ihre wichtige Rolle der Vermittlung interkulturellen Zusammenlebens vorbereitet sind.

Aus diesem Grund ist es von großer Bedeutung, dass sie in Kontakt kommen mit muslimischen Eltern, Vertretern von Moscheevereinen und anderen Verbänden, um gemeinsam mit ihnen grundlegende Fragen der Kultur, der Erziehung sowie Speisevorschriften oder religiöse Feste zu besprechen.

Optimal ist es, wenn über Kontakte und Gespräche hinaus, Fortbildungen stattfinden, insbesondere wenn diese von Pädagoginnen oder Sozialwissenschaftlerinnen muslimischer Herkunft gestaltet und durchgeführt werden.

Sollten keine Mittel aufzutreiben sein, ist zu erwägen, ob Eltern nicht gemeinsam einen Arbeitskreis aufbauen, indem auf ehrenamtlicher Arbeit wichtige interkulturelle Informationen gemeinsam aufbereitet werden.

Jeder kann hier den ersten Schritt aufeinander zu tun: die Erzieherinnen ebenso wie muslimische Eltern – oder nach dem Modell von AktionCourage e. V. deutsche Einzelpersonen, die als Türöffner und Brückenbauer eine Mittlerfunktion zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft einnehmen.

Gefängnisse

Im Bereich der Gefangenenbetreuung lässt sich ein Grundrecht von Strafgefangenen auf religiöse Betreuung herleiten aus den Art. 4 und 140 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit Art. 141 der Weimarer Reichsverfassung.

AktionCourage e. V. hatte sich die Umsetzung dieses Grundrechts in Berlin und Mainz zur Aufgabe gemacht und Gefängnisleitungen mit Imamen zusammen gebracht. Dabei stellten sich zwei Bereiche als besonders wichtig heraus:

Der immer wieder herausragende Faktor Personal erhält im Rahmen der Gefängnisseelsorge noch eine zusätzliche Bedeutung: Es sind besondere Qualifikationen hinsichtlich psychischer Belastbarkeit, theologischer Ausbildung und Sozialkompetenz notwendig, deren sich die muslimischen Partner oftmals nicht bewusst sind. Zu berücksichtigen gilt es auch, dass sich nur Personen von Organisationen bewerben, die nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt sind und die einer Sicherheitsüberprüfung standhalten.

Neben der Bereitstellung von qualifizierten Betreuern ist die Klärung der Frage der Finanzierung nicht zu vergessen. Guter Wille alleine ohne Berücksichtigung der personellen und finanziellen Komponente führt zu Frustrationen und schadet mehr als dass er nützt.

Interkulturelle Schulungen

Ein Symposium der Herbert-Quandt-Stiftung hat gezeigt, dass deutsche Schulen ein Defizit haben, wenn es um die Einbeziehung von Toleranz, Multikulturalität und die Darstellung jüdischer und islamischer Kultur im Unterricht geht. In einem Vergleich von 8 europäischen Ländern steht Deutschland auf Platz 5! Nicht nur in Schulen, in allen sozialen Einrichtungen ist der interkulturelle Ansatz leider noch nicht zur Normalität geworden.

Um dieses Defizit zu beheben, bieten sich interkulturelle Schulungen an. Dem Projekt von AktionCourage e. V. kam zu gute, dass mit dem XENOS-Programm der europäischen Union ein Geldgeber gefunden werden konnte, der es dem Projekt ermöglichte, individuelle Schulungen für die Bereiche Verwaltung, Krankenhaus, Polizei und Erziehung auszuarbeiten und anzubieten.

Auch wenn realistischer Weise gesehen werden muss, dass vor Ort ein solcher Geldgeber schwer zu finden sein wird, sollte der Versuch gemacht werden, derartige Schulungen ins Leben zu rufen. Ein Beispiel gibt hier die Stadt Bonn, die im Bereich ihrer kommunalen Verwaltung zumindest für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interkulturelle Schulungen anbietet. (Siehe auch folgendes Kapitel).

Kommunale Verwaltung

Die kommunale Verwaltung ist für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in einer Stadt der zentrale Ansprechpartner. Das gilt auch für die Belange von Muslimen. Leider wissen nach wie vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von kommunalen Verwaltungen sehr wenig über Muslime und Muslimen ist nicht bewusst, wer in der Verwaltung für welche Belange zuständig ist.

Zwar haben die kommunalen Ämter Öffnungszeiten und die Moscheen stehen heute überwiegend im Telefonbuch: Dennoch kann hier private Initiative nach dem Modell von AktionCourage e. V. als „Türöffner“ oder „Brückenbauer“ funktionieren.

Für Angestellte der Kommune, die sich nicht sicher sind im Umgang mit Muslimen, besteht die Möglichkeit, sich Rat zu holen bei einer vorbildlichen Initiative: Die Bundesstadt Bonn führt Schulungen auf diesem Gebiet durch und hat sachkundige Materialien erstellt:

Bundesstadt Bonn: Referat für Multikulturelles im Amt für Soziales und Wohnen
Budapester Str. 17 / 53111 Bonn
Tel. 0228 77 – 35 11 / Fax. 0228 77 – 23 60

Runde Tische

Die Runden Tische haben sich in Berlin als das wirksamste Gremium der Vernetzung und Kooperation gezeigt. Sie sind die wichtigste Grundlage für den Informationsaustausch zwischen den Moscheevereinen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung. Als zentral hat sich bei allen Runden Tischen das Thema Jugendarbeit und Situation in den Familien herauskristallisiert. Als Beispiel sei hier der Bezirk Mitte aufgeführt: Hier erarbeiteten Kita-Beraterinnen und muslimische Erzieherinnen Konzepte, um muslimische Eltern in die Kita-Arbeit stärker einzubinden. Darüber hinaus treffen sich regelmäßig Psychologen und Therapeuten der Erziehungs- und Familienberatungsstelle mit Imamen einer Dachorganisation, um über ihre tägliche Arbeit mit Jugendlichen und Eltern zu reden. Dabei wird von jeder der beiden Gruppen jeweils ein Problemfall vorgestellt und die andere Gruppe hat die Funktion eines Supervisors zu erfüllen

Hervorzuheben ist die Tatsache, dass durch den Moderator AktionCourage e. V. ein Brückenbauer und Türöffner vorhanden war, dem niemand eigene Interessen unterstellen konnte. Hier konnte neutrale Auskunft eingeholt werden, wenn Unsicherheiten bezüglich Kooperation mit islamischen Organisationen vorhanden waren.

Krankenhäuser

Krankenhäuser sind nicht nur Orte, an denen körperliche Leiden durch medizinische Hilfe geheilt werden. Heilung kann durch geistliche Betreuung wesentlich gefördert werden. Nicht nur in Krankenhäusern mit kirchlichen Trägern gibt es deshalb Andachtsräume oder „Räume der Stille“, die von Angehörigen einer oder mehrerer Konfessionen genutzt werden. Häufig sind die Kapellen oder Andachtsräume mit so vielen christlichen Symbolen wie Kreuz oder Statuen von Heiligen ausgestattet, dass Muslime dort nicht beten wollen.

Räume für das Gebet

Für alle, die dazu beitragen möchten, für Muslime in einem Krankenhaus die Möglichkeit zur Besinnung oder zum Gebet zu schaffen, folgen hier zunächst die wichtigsten Voraussetzungen für einen solchen Raum:

Der Raum, in dem gebetet werden soll, muss sauber sein. Er sollte mit Teppichboden ausgestattet sein. Da er nicht mit Schuhen betreten werden darf, sollte in Türnähe ein Schuhregal vorhanden sein

Muslimen beten in Richtung Mekka (die Gebetsrichtung kann an jedem Ort in Deutschland mit dafür geeigneten Kompassen festgestellt werden). Die Richtung nach Mekka (qibla) sollte durch ein Zeichen, z. B. einen Pfeil auf den Boden oder an der Decke, klar gekennzeichnet sein. Bei einem „Raum der Stille“, der mit anderen geteilt wird, sollte darauf geachtet werden, dass in der Gebetsrichtung keine Bilder und andere Gegenstände zu sehen sind, damit Muslimen ohne Ablenkung beten können. Exemplare des Korans sollten vorhanden sein, ebenso einzelne kleine Gebetsteppiche.

Da es zur Pflicht eines Muslims gehört, sich vor dem Gebet durch eine rituelle Waschung zu reinigen, sollten Toiletten / Waschbecken für die Waschung möglichst in der Nähe sein. Der Waschraum sollte mit einer kleinen Gießkanne ausgestattet sein.

Kosten

Wenn aus Kostengründen absolut kein eigener Raum für Muslimen bereitgestellt werden kann, sollte der Versuch unternommen werden, Muslimen den Besuch eines gemeinsamen, schlicht gestalteten Andachtsraums zu ermöglichen.

Muslimische Seelsorger

Für Patienten, die während ihrer Genesungszeit ihr Bett nicht verlassen können, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, geistliche Betreuung durch einen Imam zu erhalten. In diesem Zusammenhang sind allerdings zwei Fragen zu beachten: Haben die muslimischen Gemeinden vor Ort Imame, die für diese Aufgabe ausgebildet sind, und können diese Imame freigestellt werden? Wer übernimmt die Kosten für die Betreuung? Dies sollte vor Beginn einer Initiative geklärt werden. Ist der erste Schritt einer erfolgreichen Kontaktaufnahme gemacht und kann dann aus personellen oder finanziellen der zweite Schritt einer Bereitstellung der Seelsorge nicht folgen, entstehen unnötige Frustrationen auf beiden Seiten.

Als minimale Lösung sollte die Telefonnummer eines Imams gemeinsam mit den christlichen Seelsorgern im Telefonverzeichnis des Krankenhauses aufgeführt werden.

Migrantinnen und Migranten im Alter

In Deutschland hat die Generation der so genannten Gastarbeiter das Pensionsalter erreicht. Ein Großteil von ihnen besitzt die islamische Religionszugehörigkeit. Im Gegensatz zu ihrer ursprünglichen Lebensplanung sind sie in Deutschland geblieben. In der modernen deutschen Gesellschaft, geprägt durch Mobilität und Kleinfamilien, sind ihre Kinder, ebenso wie die der Mehrheitsgesellschaft, oft nicht in der Lage, die Versorgung ihrer Eltern zu übernehmen.

Das Altenhilfesystem ist bisher kaum auf die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten eingestellt. Die Angebote der offenen, stationären und ambulanten Altenhilfe müssen sich interkulturell öffnen, um den Anforderungen einer bedarfsgerechten Versorgung dieser Klientel gerecht zu werden. Dazu ist eine entsprechende Qualifizierung der Fachkräfte und ehrenamtlich Tätigen nötig. Des Weiteren ist die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden ratsam, um deren Kompetenzen für die Entwicklung gemeinsamer bzw. aufeinander abgestimmter Angebote für ältere Muslimen zu nutzen, die die kulturellen, sprachlichen und religiösen Anforderungen berücksichtigen.

Modellhaft für solche Ansätze ist in Berlin z.B. die Arbeitsgruppe "Kommunale Arbeit mit älteren Migranten", die vom Seniorenamt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg in Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten gegründet wurde. Ähnliche Initiativen sollte es in jeder kommunalen Verwaltung geben.

Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Informations- und Kontaktstelle Migration (IKoM) bietet Hilfe bei allen Fragen zum Thema Altenhilfe für Migrantinnen und Migranten. Projektträgerin ist die Bonner Aktion Courage e.V. Entscheidungsträger, Fachleute, Studierende und Betroffene erhalten hier beispielsweise kostenlos Informationen über laufende Projekte, Fachliteratur, Fortbildungsangebote oder Veranstaltungen. Damit sollen Vernetzung und Professionalisierung des Arbeitsschwerpunkts gefördert werden. Diese und viele weitere Angebote finden sich auf der Projekthomepage www.ikom-bund.de .

Moscheebau

Fragen des Moscheebaus waren kein Anliegen des Projektes von AktionCourage e. V. Dennoch wird dieses Thema hier aufgegriffen, da der Wunsch von Muslimen, an ihrem Wohnort in einem würdigen Raum beten zu können, nach wie vor in vielen Städten nicht umgesetzt ist. Ihre Bemühungen, Moscheen zu errichten sind oftmals von großen Schwierigkeiten begleitet.

Dank einer Initiative der Herbert-Quandt-Stiftung liegt seit April 2001 ein Handbuch vor mit dem Titel: „Der Weg zur Moschee – eine Handreichung für die Praxis“. Die Autoren Claus Leggewie, Angela Jost und Stefan Rech beschreiben an vier Fallstudien Probleme, die beim Moscheebau entstehen können und schließen daran an Empfehlungen, wie diese Problem zu vermeiden und zu lösen sind.

Das Handbuch wendet sich an Moscheevereine ebenso wie an die entscheidenden Stellen der Kommunalverwaltung, wie z. B. das Bauamt, an die Vertreter der örtlichen Presse ebenso wie an die Vertreter der kirchlichen Gemeinden und gibt wichtige Anregungen, wie alle Beteiligten das Ihre dazu beitragen können, damit der Moscheebau in Deutschland in Zukunft in geordneten Bahnen verlaufen kann.

Die Handreichung ist zu beziehen bei:

Herbert-Quandt-Stiftung

Am Pilgerrain 15

61352 Bad Homburg v. d. Höhe

Tel. 06172 17 12 500

Fax. 06172 17 12 545

e-mail: H-Quandt-Stiftung@altana.de homepage: www.h-quandt-stiftung.de

Schulen

In den Schulen von heute werden Kinder unterschiedlicher Herkunft darauf vorbereitet, morgen als Erwachsene in der deutschen Gesellschaft zusammenzuleben.

In diesem so wichtigen Bereich gibt es eine Vielzahl von Problemen, die sicher nicht alle durch persönliches Engagement gelöst werden können. Das Mainzer Projekt hat gezeigt, wie durch

gemeinsame Initiativen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden können, die bei später auftretenden Problemen die Kontaktaufnahme erleichtern:

Es ist heute in Mainz zur Tradition geworden, dass die Eltern und Kinder muslimischer und nicht-muslimischer Herkunft an einem gemeinsamen Einschulungsgottesdienst teilnehmen. Ein zentraler Tag im Leben eines Kindes wird gemeinsam begangen. Nicht nur Kinder unterschiedlicher Religionszugehörigkeit werden zusammengeführt, auch muslimische Eltern können einen ersten Kontakt mit den Lehrerinnen und Lehrern ihrer Kinder finden. Dieser erste Kontakt kann die Schwellenangst aufheben, an Elternabenden teilzunehmen oder Lehrer direkt anzusprechen, wenn ein schulisches Problem entsteht.

Zu diesem Bereich gehört ebenfalls die Hausaufgabenhilfe. Auch hier muss darauf hingewiesen werden, dass die Etablierung von Hausaufgabenhilfen, was die Bereitstellung von Personen und finanziellen Mitteln angeht, nicht immer leicht ist, aber in jedem Fall den Einsatz lohnt.

Sport

Sport kann einen Beitrag zur Integration darstellen. Der Eintritt in einen bestehenden Verein ist sicher der einfachste Weg: Erfahrungen in Berlin haben gezeigt, dass der Eintritt von Muslimen in Sportvereine nicht nur problemlose Zugangsmöglichkeiten zu sportlicher Betätigung bietet, sondern dass in Berlin z. B. die Integration von Muslimen gerade über den Bereich Sport am weitesten fortgeschritten ist.

Es muss allerdings gesehen werden, dass es auch spezifisch muslimische Bedürfnisse gibt, die in einem traditionellen deutschen Sportverein nicht befriedigt werden können. Dazu gehört insbesondere das nach Geschlechtern getrennte Schwimmen in öffentlichen oder privaten Badeanstalten. Wer diese Möglichkeit schaffen will, sollte sich bewusst sein, dass es ein langer Weg werden kann: Es müssen unterschiedliche Badezeiten und Raumangebote vorhanden sein, bzw. geschaffen werden. Die Frage eines besonderen Versicherungsschutzes muss geklärt werden. In personeller und finanzieller Hinsicht muss Klarheit bestehen, wer die Bademeisterinnen bereitstellt und bezahlt. Die Erfahrung des Projektes von AktionCourage e. V. in Berlin und Mainz haben gezeigt, dass es zwar nicht einfach, aber dennoch möglich ist, alle diese Hürden zu überwinden.

Sprachkurse

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland. Umfragen, Untersuchungen und Studien zeigen, dass es hier große Defizite gibt, die es abzubauen gilt.

Als Anbieter für Sprachunterricht kommen nicht nur die einzelnen Moscheevereine selber in Frage, sondern vor allem auch städtische Anbieter, wie z. B. die Volkshochschule. Dabei ist – entsprechend der Erfahrungen von AktionCourage e. V. in Berlin - zu beachten, dass die Volkshochschulen ihre Arbeit nicht speziell auf die Zielgruppe der Muslime richten, sondern auf Migranten im Allgemeinen. Da aber gerade für muslimische Frauen besondere Angebote notwendig sind, besteht hier ein besonderer Überzeugungsbedarf gegenüber den Volkshochschulen, der aber durchaus erfolgreich geleistet werden kann.

Wie in allen Bereichen gilt hier die Frage nach qualifiziertem Personal und Übernahme der Kosten. Wobei zu berücksichtigen ist, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Sprachkursen durchaus bereit sind, angemessene Teilnehmergebühren zu zahlen.

Das Modellprojekt hat gezeigt, dass Sprachkurse auch in Moscheen durchgeführt werden können. Neben den Volkshochschulen konnte die AWO als Kooperationspartner gewonnen werden. Hier sollte vor Ort geprüft werden, welche Partner in Frage kommen.